

schiedene Einbruchspräventionsmaßnahmen im Projektgebiet eine Wirkung erzielt haben.

Projektziele

- Qualitätsmanagement für die Polizei und für andere Sicherheitsakteure
- Optimierung der Präventionsmaßnahmen
- Einbeziehung der Bürgerschaft/Teilnahme
- Steigerung des Einbruchschutzes (technisch am Gebäude, aber auch durch Sozialkontrolle in der Nachbarschaft)
- Reduzierung der Fallzahlen Wohnungseinbruch
- Verbesserung des Sicherheitsgefühls

Zielgruppe

- Das Projekt findet in nachfolgend aufgelisteten Stadtteilen statt, da hier in der dunklen Jahreszeit 2013/2014 im Verhältnis zur Einwohnerzahl überdurchschnittlich viele Einbrüche verübt wurden.

Weißenhof	2280 Einwohner
Mönchhalde	2225 Einwohner
Relenberg	4493 Einwohner
Lenzhalde	2060 Einwohner

Bismarckturm	358 Einwohner
Killesberg	1316 Einwohner
Insgesamt	12 732 Einwohner

Projektbeteiligte

- Kooperation innerhalb der Stuttgarter Sicherheitspartnerschaft
- Stabsstelle Kommunale Kriminalprävention beim Referat Sicherheit, Ordnung und Sport (SOS/KKP)
- Statistisches Amt
- Polizeipräsidium Stuttgart
- Förderverein Sicheres und Sauberes Stuttgart e.V.
- Bezirksrathaus Stuttgart-Nord
- EFUS und DEFUS

Erste Befragung im Herbst 2014

Die erste Befragung fand in der Zeit vom 24. September bis 6. November 2014 statt. Die Teilnahme an der freiwilligen Befragung war schriftlich mit der Rücksendung des versandten Fragebogens möglich. Die Ziehung der 2500 Personen, die ihren Hauptwohnsitz in sechs Stuttgarter Stadtteilen haben und in Privathaushalten leben, erfolgte nach dem Zufallsprinzip auf der Basis der Einwohnermeldedatei (Quer-

schnittsdesign). Um die Teilnahmebereitschaft zu unterstützen, wurden ein offizielles Anschreiben des zuständigen Bürgermeisters und ein frankierter Rücksendeumschlag dem Fragebogen beigelegt.

Folgende Aspekte wurden abgefragt:

- Einstieg in die Befragung durch Frage zum Wohlbefinden im Stadtteil
- Allgemeines Sicherheitsgefühl
- Spezielles Sicherheitsgefühl in Bezug auf Wohnungseinbruch
- Viktimisierung, Vulnerabilität
- Fragen zur Bereitschaft der Bürger, die Polizei zu verständigen
- Fragen zur Investitionsbereitschaft der Bürger in Sicherheitstechnik

Präventionsmaßnahmen von Oktober 2014 bis März 2015

- Informationsstände/Anbieten von Beratungen
- Fußstreifen mit Nachschau, ob Fenster gekippt/Türen offen sind usw.
- Information der Bürger zu festgestellten geöffneten Fenstern/Türen
- Ansprechen von Passanten
- Präsenz Polizei und Städtischer Vollzugsdienst

- Postwurfsendung mit Informationen zum Einbruchschutz
- Kriminalpräventives Theaterstück „Der ungebetene Gast“ am 25. Februar 2015 im Eberhard-Ludwig-Gymnasium (Herdweg) (siehe Bild 4)

Zweite Befragung Frühjahr 2015

Nach Durchführung der Präventionsaktion wurde eine erneute freiwillige Befragung von insgesamt 2500 zufällig ausgewählten Haushalten im Zeitraum März bis Anfang April 2015 durchgeführt. Folgende Aspekte wurden abgefragt:

- Wahrnehmung der polizeilichen Aktionen
- Hat sich das Präventionsverhalten verändert?
- Wurden weitere Informationen zum Thema Einbruchschutz eingeholt?
- Fand ein Austausch im Bekanntenkreis statt?
- Werden weitere Informationen gewünscht?
- Wurde ein Termin bei der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle vereinbart?
- Gab es Unterschiede zwischen „Eigentümer“ oder „Mieter“?

Finanzierung des Projekts

Das Gesamtbudget des Stuttgarter EFUS-Projekts belief sich auf etwa 22 000 Euro, die sich wie folgt aufteilen:

- 12 000 Euro Sachkosten für die zwei Befragungen
- 4000 Euro Sachkosten für die Präventionsmaßnahmen
- 6000 Euro Personalkosten für die Durchführung des Audits in Stuttgart

Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einbruchsprävention in Thesen

Alleine durch Befragungen an sich kann man die Bevölkerung für das Präventionsthema interessieren und sensibilisieren. Der außergewöhnlich hohe Rücklauf (57 % und 64 %) bei den Befragungen zeigt die hohe Sensibilität der Bürger beim Thema Einbrüche. Die Bevölkerung kann deutlich unterscheiden, ob es sich um eine generelle Bedrohungslage handelt (die auch durch entsprechende Medienberichterstattung befördert werden kann) oder um eine „reale“ Bedrohung im Wohngebiet. Einbrüche/Einbruchversuche

oder die Angst davor sind für das Sicherheitsgefühl abträglich; es wird nachgewiesen, dass darunter auch die Lebensqualität leidet.

Ergriffene zusätzliche und gezielte Präventionsmaßnahmen führen zu einem spürbaren Rückgang des Bedrohungsgefühls („es lohnt sich“). Im Stadtbezirk Nord, in dem das Untersuchungsgebiet liegt, haben die Einbruchfallzahlen nach Ergreifen der Präventionsmaßnahmen signifikant und deutlich überdurchschnittlich abgenommen; inwieweit dies auf die ergriffenen Maßnahmen ganz oder teilweise zurückzuführen ist, muss aber offen bleiben. Ergriffene zusätzliche und gezielte Präventionsmaßnahmen verbessern nachweislich den Informationsstand der Bevölkerung, befördern das Ergreifen von Maßnahmen durch die Bürger oder wecken zumindest das Verständnis dafür. Einbruchspräventionsmaßnahmen werden mehrheitlich ergriffen, auch wenn keine eigene Einbruchserfahrung vorliegt. Soziale Netzwerke (Partner/Freunde/Bekannte) und die Medien sind vorrangig die Auslöser für das Ergreifen von Maßnahmen. Bei eigener Einbruchserfahrung oder einem Einbruch in der Nachbarschaft ergreifen drei Viertel der Befragten danach Einbruchsvorsorgemaßnahmen.

Es zeigt sich aber auch, dass die polizeiliche Informationsarbeit und Beratungstätigkeit Anlass für die Beschäftigung mit dem Thema ist. Präventionsarbeit muss sowohl ein Grundinteresse am Thema und seiner Relevanz wecken als auch eine gezielte technische Maßnahmenberatung leisten. Es hat sich herausgestellt, dass bei Mietwohnungen Ansprechpartner für die Präventionsarbeit in erster Linie der Vermieter sein muss, da nur dieser berechtigt und in der Regel auch für bauliche Veränderungen vertraglich verantwortlich ist. Präventionsarbeit über entsprechende Kanäle einzuleiten (Architektenkammer, Haus & Grund, Banken etc.) ist daher ein erfolgversprechender Weg.

Überraschenderweise zeigt sich aber auch eine große Bereitschaft der Mieter selbst, zumindest in eine mechanische Grundsicherung (Türen, Fenster) zu investieren (die Vermieter-erlaubnis vorausgesetzt). Die Bereit-



Foto: © Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (www.polizei-beratung.de)

schaft zu weiteren Präventionsinvestitionen ist vielfach vorhanden, sodass es sich auch lohnt, Personen anzusprechen, die schon Maßnahmen ergriffen haben. Die Bevölkerung nimmt gezielte Präventionsarbeit (Infostand, Fußstreife, Ansprechpartner vor Ort auf Schwachstellen) erstaunlich gut wahr. Sehr positiv angenommen werden das Ansprechen der Polizei auf Schwachstellen an Gebäude/Wohnung und Fußstreifen der Polizei im Wohngebiet. Aber auch Informationsstände und Flyer im Briefkasten sind adäquate Mittel der Präventionsarbeit. Bei Flyern ist der konkrete lokale Bezug für die Wahrnehmung wichtig. Es ist ein über den Erwartungen liegender hoher Kenntnisstand der Bevölkerung zum Thema Einbruchsprävention im Allgemeinen und zum technischen Einbruchschutz im Besonderen festzustellen. Eine Beratung muss nicht bei „Null“ anfangen, sondern kann oft gewisse Grundkenntnisse und ein Grundverständnis für die Problematik voraussetzen.

Sehr aufschlussreich ist zu erfahren, wie sich die Bürger über technischen Einbruchschutz informieren: Informationsquellen sind die sozialen Kontakte (Freunde/Nachbarn/Verwandte), die hier als Multiplikatoren wirken, das Internet, aber auch Fachfirmen für Sicherheitstechnik. An erster Stelle werden freilich die Beratungsstellen der Polizei genannt. Das bestätigt die Notwendigkeit polizeilicher Präventionsarbeit, da diese offenbar deutlich stärker nachgefragt wird und ihr hohes Vertrauen (auch als wirtschaftlich unabhängige Beratungsinstanz) entgegengebracht wird. Investiert wird in

erster Linie beim Einbruchschutz in den Schutz der Türen und Fenster. Eine Änderung der Präventionsstrategie beim technischen Einbruchschutz ist also nicht notwendig. Erstaunlich sind die nicht unbeträchtlichen Investitionen, die schon in den Einbruchschutz investiert wurden.

Für die Argumentation im Rahmen der Präventionsarbeit ist die Kenntnis der Gründe, mit denen das Unterlassen von vorbeugenden Maßnahmen gerechtfertigt wird, von grundlegender Bedeutung. Vor allem zeigt sich, dass als ausreichenden Einbruchschutz angesehen wird, wenn in der Wohnung jemand dauernd anwesend ist und die Nachbarn aufmerksam sind; da beides trügerisch sein kann, müssen diese Argumente für ein Unterlassen von technischen Präventionsmaßnahmen bei der Überzeugungsarbeit aufgenommen werden.

In Mehrfamilienhäusern lässt die Bereitschaft für Präventionsschutz nach, je größer das Gebäude ist und je höher die Wohnung im Gebäude liegt. Auch dies sind wichtige Hinweise für die Präventionsberatung, da diese Objekte keinesfalls vor Einbrüchen ge-

schützt sind. Die Bereitschaft, bei verdächtigen Beobachtungen auch die Polizei einzuschalten, ist hoch, was Voraussetzung für erfolgreiche polizeiliche Reaktionen ist. Die Befragungen haben wichtige Hinweise zum Meldeverhalten der Bevölkerung erbracht. So ist in Gebieten mit mehrgeschossigem Wohnungsbau die Bereitschaft, die Polizei bei verdächtigen Beobachtungen zu informieren, deutlich geringer (fehlende soziale Kontrolle, Anonymität).

Da eine aufmerksame Nachbarschaft (Briefkastenleerung, Rollladenbewegungen oder Anwesenheit durch Nachbarschaftshilfe bei Abwesenheit vortäuschen, Ansprechen verdächtiger Personen) ein sehr erfolgreiches Vorbeugungsmittel ist, wird aufgrund der Befragungserkenntnisse die Bedeutung der Nachbarschaftshilfe in der Präventionsarbeit verstärkt thematisiert und beworben. Die Gründe für ein Nichtmelden verdächtiger Beobachtungen sind zum einen, dass eine Meldung ein vages Gefühl erzeugt und die Folgen des Anrufs sehr schwer abzuschätzen sind und zum zweiten die Sorge über einen Fehl-

alarm beziehungsweise das Verdächtigen von Unschuldigen.

Als häufigste Reaktion bei der Beobachtung verdächtiger Personen im Wohngebiet geben die Befragten an, dass sie sich eher mit ihrem persönlichen Umfeld (Partner/Freunde/Bekannte) besprechen oder sich für die verdächtige Person bemerkbar machen, bevor sie die örtliche Polizeidienststelle oder den Notruf anrufen. Da hier sehr viel wertvolle Zeit verloren geht, wird diese Erkenntnis in die Präventionsarbeit mitaufgenommen. In der neu entwickelten Nachbarschaftspostkarte, aber auch bei den sonstigen Beratungsvorgängen (an Infoständen, bei Streifengängen, bei Hauseigentümersammlungen etc.) wird zudem die alleinige Nutzung der Polizeinotrufnummer 110 bei der Meldung verdächtiger Vorgänge beworben, da die Mehrheit der Befragten diesen Meldeweg nicht als vorrangig bezeichnet.

Gunter Schmidt war Leiter der Kommunalen Kriminalprävention im Referat Sicherheit, Ordnung und Sport der Landeshauptstadt Stuttgart. Er ist seit September 2016 im Polizeipräsidium Stuttgart tätig.
Kontakt: gunter.schmidt@polizei.bwl.de